

# Im Klartext

Informationen zur Sozialen Marktwirtschaft

JANUAR 2014

## Dem Wirtschaftsminister zum Geleit



Kurz vor Weihnachten haben die Spitzen von CDU, CSU und SPD den Koalitionsvertrag unterzeichnet und damit die dritte Große Koalition der Bundesrepublik besiegelt. Gleichzeitig wurde die Besetzung des Kabinetts bekannt gegeben: Neben Bundeskanzlerin und Kanzleramtsminister stellt die CDU fünf, CSU und SPD kommen auf drei bzw. sechs Minister. Einige Ressorts wurden neu zugeschnitten: Das Wirtschaftsministerium

heißt neuerdings „Bundesministerium für Wirtschaft und Energie“. Damit betont die neue Regierung den Bereich „Energie“, nachdem zuvor „Technologie“ oder „Arbeit“ herausgestellt wurden.

Von 1949, als Ludwig Erhard das Amt übernahm, bis 1998 ging es „nur“ um Wirtschaft. Das heißt nicht, dass in diesen 50 Jahren stets der gleiche Wind im Ministerium wehte. Während die Aufbaujahre unter Erhard von ordnungspolitischen Leitlinien in der Wirtschaftspolitik geprägt waren, konnte man bei seinen Nachfolgern den Bedeutungsverlust beobachten: Das Ministerium entwickelte sich erst zum „ordnungspolitischen Gewissen“ – oder Feigenblatt? – innerhalb der Regierung und später zum Wirtschaftsförderungsministerium im Dienste der Standortpolitik; kurzsichtiger Interventionismus hielt Einzug.

Dass Sigmar Gabriel, der neue Bundesminister für Wirtschaft und Energie, dieses Rad zurückdreht, ist kaum zu erwarten. Ein möglicher Grund: Vielen mag die heutige Wirtschaft schnelllebiger als zu Ludwig Erhards Zeiten erscheinen. Als Entgegnung – und zum Geleit an den neuen Wirtschaftsminister – sei auf die 1952 (!) vorgetragenen Worte Erhards hingewiesen: „Unsere Zeit ist so schnelllebig geworden, dass wir kaum mehr die innere Geduld finden, sich ein Ereignis organisch vollenden zu lassen. Kaum bedrückt uns eine Sorge, dann sind auch schon alle geneigt, besondere staatliche Maßnahmen zu fordern. Ich bin in der geradezu komischen Situation, dass ich mich als Wirtschaftsminister dagegen wahren muss, dirigistisch eingzugreifen, selbst wenn die meisten Leute in der Wirtschaft solche Maßnahmen verlangen, und ich meine vornehmste Aufgabe darin erblicke, den Ast abzusägen, auf dem ich sitze!“

Lars Vogel

## Weniger neue Schulden

2013 hat die Bundesregierung weniger neue Schulden aufgenommen, als geplant. Diese an sich positive Entwicklung ist allerdings nicht das Ergebnis haushaltspolitischer Weitsicht, sondern basiert auf steigenden Steuereinnahmen und Effekten, die Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble wenig beeinflussen kann, zum Beispiel geringere Zinskosten für deutsche Staatspapiere.

Die sogenannte Nettokreditaufnahme lag bei 22,1 Milliarden Euro, wie das Bundesfinanzministerium (BMF) zum Haushaltsabschluss 2013 mitteilte. Ursprünglich hatten die Fachleute des BMF neue Kredite in Höhe von 25,1 Milliarden Euro veranschlagt.

Die Ausgaben lagen etwas geringer als erwartet bei 307,8 Milliarden Euro; die Einnahmen summierten sich auf 285,7 Milliarden Euro. Die strukturelle Nettokreditaufnahme – Kredite ohne

Sonderzahlungen für den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), Fluthilfe und Ähnliches – lag bei 0,23 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP). Damit wären die Vorgaben der ab 2016 geltenden Schuldenbremse, hier sind maximal 0,35 Prozent des BIP zulässig, eingehalten. Die Neuverschuldung 2013 lag unter der von 2012 (22,5 Milliarden Euro).

Momentan gibt es nur eine vorläufige Budgetführung. Zu den ersten Aufgaben der neuen Bundesregierung zählt deshalb die Aufstellung eines Bundeshaushaltes für 2014 in den nächsten Tagen und Wochen. Bis Ende März müsse der neue Etat laut BMF stehen. Mal sehen, wie sich angesichts der Wunschlisten aus diversen Bundesministerien die staatlichen Schulden entwickeln werden. ■

<http://goo.gl/knCfla>

## Energiewende I

Parlamentarier fragen, die Bundesregierung antwortet – zum Beispiel in der Drucksache 18/242 des Deutschen Bundestages. Dort ist einiges zur „EEG-Umlage“ nachzulesen:

- Seit Einführung des „Gesetzes für den Vorrang Erneuerbarer Energien“ (Kurztitel: Erneuerbare-Energien-Gesetz, EEG) im Jahr 2002 wurden bis Ende 2013 insgesamt 120 Milliarden Euro Einspeisevergütungen an die Betreiber von EEG-Anlagen ausgezahlt.
- 2002 flossen knapp 25 Millionen Megawattstunden Strom aus erneuerbaren Energien durchs Netz; 2013 wurden 132 Millionen eingespeist. Die gesamte vergüte-

te Strommenge betrug rund 840 Terawattstunden.

- Erhielten die Anlagen-Betreiber für 2002 rund 2,2 Milliarden Euro Einspeisevergütung, waren es im vergangenen Jahr 22,9 Milliarden Euro und 2012 21,1 Milliarden.

In der Antwort der Bundesregierung werden auch die Kosten aufgeführt, die durch die Befreiung von der EEG-Umlage entstanden sind. Lagen diese 2005 bei 400 Millionen Euro für 297 Unternehmen, waren es im Jahr 2013 rund vier Milliarden Euro für 1720 Unternehmen (an knapp 2 300 Abnahmestellen). Diese Kosten tragen alle übrigen Stromverbraucher über ihre EEG-Umlage. ►



LUDWIG-ERHARD-STIFTUNG BONN

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

► Der Gesetzgeber ermöglicht eine Entlastung von der EEG-Umlage, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen im globalen Wettbewerb zu erhalten. Entlastet werden Unternehmen, wenn der bezogene und selbstverbrauchte Strom an einer Abnahmestelle im letzten Geschäftsjahr mindestens eine Gigawattstunde beträgt und die Stromkosten 14 Prozent der Bruttowertschöpfung betragen. Selbstverständlich müssen Anträge gestellt, können Unternehmensteile berücksichtigt und Sachverständige eingeschaltet werden – Energiewende durchgeplant von A bis Z. ■

<http://goo.gl/73HqCs>

## Energiewende II

Die Europäische Kommission hat Mitte Dezember 2013 gegen die deutsche Praxis der Befreiung von der EEG-Umlage ein Beihilfeverfahren eröffnet. Die Kommission findet, es gebe „begründete Zweifel“, dass die Rabatte mit EU-Recht vereinbar seien. Unternehmen, denen Befreiungen von der EEG-Umlage gewährt werden, hätten niedrigere Energiekosten als Konkurrenten ohne Nachlass. Dies könne den Wettbewerb verzerren.

Sollte sich durch das Verfahren ergeben, dass der Wettbewerb beeinträchtigt wurde, könnte die Kommission von den Unternehmen die gewährten Entlastungen für bis zu drei Jahre zurückfordern. Die Mehrzahl der Beschwerden, die zur Eröffnung der Überprüfung geführt haben, soll Günther Oettinger zufolge – er ist der federführende EU-Kommissar in diesem Verfahren – aus Deutschland stammen. ■

<http://goo.gl/rMKojo>

## Unternehmer und Politik

Neuerliche Änderungen am Rentensystem, Ausweitung der Teilzeitarbeit, Mindestlohn – angesichts der Themensetzungen in der Großen Koalition macht sich in den Unternehmen Unbehagen breit. Zum Verhältnis von Unternehmer und Politik hat sich Ludwig Erhard 1962 geäußert.

Es ist nur zu verständlich, dass jene Gruppe der Selbständigen, die einerseits über mehr Hab und Gut verfügt, aber andererseits sich auch immer neu bewähren muss, von der Politik im Guten und Bösen vielleicht am unmittelbarsten betroffen wird oder doch mindestens dieses Empfinden hegt. Der Unternehmer wird deshalb immer bereit und bestrebt sein, zu den legislativen und exekutiven Instanzen der Politik eine möglichst unmittelbare Beziehung zu unterhalten, ohne dass damit etwa ein negatives oder ein abwertendes Urteil anderer Schichten in ihrer Beziehung zur Politik ausgesprochen sein soll. Natürlich wird der Unternehmer einer Regierung je nach ihrer gesellschaftspolitischen Prägung mehr oder minder aufgeschlossen oder zurückhaltend begegnen, aber immer wird diese Gruppe der Selbständigen auf Ausgleich und Verständigung bedacht sein. Es ist im modernen Staat kaum eine Unternehmerschaft mit grundsätzlich revolutionärer Gesinnung denkbar, denn die Individualität der auf dieser Ebene tätigen Menschen und die Unterschiedlichkeit ihrer Interessenlage im Einzelnen verhindern eine Geschlossenheit, wie sie etwa im gewerkschaftlichen Lager anzutreffen ist.

### Einfluss nehmen, aber wie?

Die Formen der versuchten oder tatsächlich geübten Einflussnahme auf die Politik weisen darum auch

unterschiedliche Züge auf. Es ist zum Beispiel nicht nur eine Sache der sozialen Gesinnung oder der staatsbürgerlichen Haltung, wenn in der Bundesrepublik nach Kriegsende vom Instrument der Streikandrohung immer wieder Gebrauch gemacht, aber erst 1962 zum ersten Mal auch eine Aussperrung als möglich erachtet wurde. Je leichter sich eine Kollektivmeinung bilden und durchsetzen lässt, desto lauter wird der Anspruch auf die Gestaltung der Politik vorgetragen werden, während mit zunehmender Differenzierung der Interessenlage subtilere Mittel der Einwirkung auf die Politik Anwendung finden.

Dazu kommt, dass in einer parlamentarischen Demokratie die Zahl, das heißt die Masse, ein nicht zu unterschätzendes Gewicht erlangt. Wer Millionen von Menschen vertritt, wird unabhängig von deren individuellen Wünschen und Vorstellungen eine andere Sprache führen als die Repräsentanten kleinerer, wenn auch in anderer Hinsicht mächtiger Gruppen. Von der Massendemonstration auf Straßen und Plätzen bis zu vertraulichen Gesprächen hinter verschlossenen Türen gibt es unendlich viele Nuancierungen, die Politik eines Landes den Gruppen- und Einzelinteressen dienstbar machen zu wollen. Dabei möchte ich mich vom Standpunkt der Staatsraison jeder Wertung der angewandten Methoden enthalten.

Der Unternehmer wird jedenfalls nicht auf die Barrikaden gehen, sondern Geltung durch „Gespräche“, durch individuelle Einflussnahme auf politische Parteien erlangen wollen. Von Ausnahmen abgesehen, besteht demgegenüber seitens der Unternehmer wenig Neigung, sich unmittelbar und aktiv an der Politik zu beteiligen, das heißt, für politische Parteien zu kandidieren und in der Mitgestaltung der Politik zugleich auch sichtbar demokratische Verantwortung zu übernehmen. Allerdings sei auch zugegeben, dass aus einer falschen politischen Sicht die Parteien nur sehr zögernd bereit sind, aktive Unternehmer unmittelbar oder auf den Landeslisten kandidieren zu lassen. Es ist kaum übertrieben, wenn ich behaupte, dass das derzeit praktizierte System der Auswahl bzw. der Auslese der Volksvertreter als nicht voll befriedigend oder doch als verbesserungsbedürftig erachtet wird und dass eine Reform das Ansehen der Parlamente zu mehren geeignet sein könnte.

### Konsequenz ist unbequem

Sicher würde eine stärkere Durchsetzung der Parlamente mit Unternehmern mit spezifischem Sach- und Fachwissen die Gesetzgebung befruchten können, sofern die infrage kommenden Persönlichkeiten einerseits über den Schatten ihrer eigenen Interessen zu springen vermögen und andererseits ohne Angst



„Ein Unternehmer, der seine ganze Zeit nur darauf verwendet, seinen Betrieb zu ordnen, wird letztlich nicht konkurrenzfähig bleiben; ein Wirtschaftspolitiker, der seine ganze Kraft dafür einsetzt, den Wirtschaftsablauf zu ordnen, wird ihn letztlich ersticken.“

Ludwig Erhard

vor Missdeutungen die Zivilcourage aufbringen, auch unbequeme Wahrheiten auszusprechen. Zweifellos ist gerade beim Unternehmer der Widerstreit zwischen Erkenntnis, Verantwortung und materieller Interessenlage nicht immer leicht aufzulösen, wie denn überhaupt der Wille, objektiv zu sein, nicht gerade eine alltäglich geübte Kunst ist.

So war zum Beispiel die Einstellung des Unternehmers zur Politik der Sozialen Marktwirtschaft im Wandel der Zeiten und der Konjunkturen weniger vom Grundsätzlichen her bestimmt, sondern je nach Markt und Konjunkturlage im Ganzen oder im Einzelnen fortdauernden Schwankungen und Wandlungen unterworfen. Hier wird ein Dilemma der Politik erkennbar, das in die Fragestellung mündet, ob die Politik in jedwedem Bereich und unbeeinflusst von Augenblickerscheinungen fest und zielklar nach vorbestimmten Grundsätzen bzw. festen Ordnungsvorstellungen ausgerichtet sein soll, oder ob es umgekehrt die Kunst der Politik wäre, sich jedwedem Wandlungen anzupassen. Aus meiner eigenen Haltung heraus vertrete ich den Standpunkt, dass auf die Dauer nur die Geradlinigkeit und Unbeirrbarkeit des Handelns Erfolg verbürgt, aber ich bin mir bewusst, dass eine so konsequente Politik nicht immer als bequem empfunden wird und darum nur allzu leicht als unzulässige Starrheit oder gar dogmatische Sturheit gebrandmarkt werden möchte.

Eine Aussage darüber, was der Unternehmer von der Politik erwartet, erscheint eben wegen der schon gekennzeichneten Differenziertheit dieser Gruppe kaum möglich. Will der Unternehmer in seinem Tun und Lassen mit allen damit verbundenen

Risiken frei sein, oder richtet sich sein Verlangen mehr nach Schutz und Sicherheit? Lehnt der Unternehmer staatliche Gängelung und Unterstützung in Form besonderer Begünstigungen ab, oder fühlt er sich, wenn auch unter Preisgabe von Teilen seiner Freiheit und Unabhängigkeit, in solcher Fürsorge besser geborgen? Will der Unternehmer in freier, individueller Selbstverantwortung im Markt und im Wettbewerb bestehen, oder möchte er Schutz in kollektiven Bindungen, wie etwa im Kartell, finden? Bejaht der Unternehmer eine freiheitliche Politik weltweiter Offenheit, oder glaubt er in regionalen Begrenzungen der Märkte mehr Sicherheit zu finden?

### **Wirtschaftspolitik muss manchmal unpopulär sein**

Diese Palette lässt schon deutlich genug erkennen, wie vielschichtig die Problematik ist und wie wenig normierbar der Unternehmer in Bezug auf sein Verhältnis zur Politik sein kann. Immerhin verfüge ich hinsichtlich einer möglichen Klassifizierung der Unternehmer über reiche Erfahrungen und gestehe, dass abgesehen von den ewig Schwankenden und Zaudernden, die keine Meinung und Gesinnung bezeugen, es nicht etwa nur oder vorwiegend das materielle Interesse ist, das den Unternehmer seinen politischen Standort einnehmen lässt, sondern dass seine Reaktionen sehr viel mehr von persönlicher Haltung und Temperament bestimmt werden.

Die Ausführungen machen deutlich, dass die Wirtschaftspolitik nicht allen Wünschen und Vorstellungen gerecht werden kann, aber dass bei dieser Lage der billige Kompromiss im Sinne eines arithmetischen Mittels aus sich widerstreitenden

Interessen wohl die schlechteste Lösung darstellt. Zu einer guten Wirtschaftspolitik gehört deshalb vor allem der Mut zum Widerstand und auch zur Unpopulärheit. Der für die Wirtschaftspolitik verantwortliche Minister ist darum auch nicht Sachwalter der Unternehmer; ja, ihm obliegt nicht nur die Ordnung der Wirtschaft als solche, sondern er wird sie als das Instrument begreifen müssen, um dem Wohle jedes Staatsbürgers zu dienen.

Der Unternehmer erwartet billigerweise, dass er von wirtschaftspolitischen Entscheidungen rechtzeitig Kenntnis erhält, dass sein Rat und seine Interessen in der Gesetzgebung Berücksichtigung finden, aber wie es nur zu oft scheint, ist er umgekehrt nicht bereit, dem Staat bzw. der Politik auch nur eine Kritik an der Unternehmungspolitik zu gestatten. Ich selbst bin gewiss der Letzte, der der unternehmerischen Initiative und Freizügigkeit Fesseln anlegen oder sie durch dirigistische Maßnahmen gängeln möchte – selbst wenn sie von unternehmerischer Seite gefordert werden. Das aber kann in der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts nicht heißen, dass sich Unternehmensentscheidungen im luftleeren Raum abseits der politischen Umwelt vollziehen. Die Zeiten des manchesterlichen Liberalismus sind ebenso vorbei wie absolutistische Herrschaftsformen. Das sind keine getrennten Welten mehr, wenn der Staat von frei gewählten Bürgern verwaltet wird, aber dann gibt es auch keinen unantastbaren Bereich der Unternehmungswirtschaft außerhalb der Politik.

### **Ordnung statt Ideologie**

Mit der Wandlung der politischen Gestalt der Staaten in den letzten

150 Jahren, mit der grundsätzlichen Neuorientierung politischer, gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und sozialer Ziele ist die Vorstellung nicht in Einklang zu bringen, dass davon das Bild des Unternehmers und seine Aufgabe und Verantwortung in Staat und Gesellschaft unberührt bleiben könnte. Mit Begründung der Sozialen Marktwirtschaft habe ich nicht wieder an Ordnungsvorstellungen und gesellschaftliche Leitbilder aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg anknüpfen, sondern für das deutsche Volk neue Lebensformen eröffnen wollen. Dieser Prozess ist gewiss erst angestoßen und lässt darum auch noch nicht letzte Konturen der neuen Gestalt erkennen. Unsere Zukunft glücklich zu gestalten ist die allumfassende Aufgabe der Politik, aber damit wird sie auch zur Verpflichtung jedes Staatsbürgers. Wer diese Verantwortung spürt, wird vor seinem Gewissen und vor seinen Mitmenschen redlich sein müssen. Dazu mag auch die Kritik an bestehenden Zuständen und an politischen Entscheidungen dienen; aber leider habe ich manchmal den Eindruck, als ob dieses Recht der freien Meinung der Verärgerung entspringt, dass die Regierung nicht bereit ist, das Rad der Geschichte rückwärtszudrehen, das heißt Ordnungs- und Gesellschaftsvorstellungen, Ideologien und Dogmen der Vergangenheit wieder aufleben zu lassen. ■

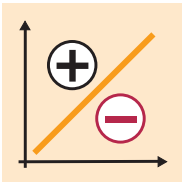
Ludwig Erhard

Manuskriptauszug, im Archiv der Stiftung unter der Signatur NE 79 dokumentiert. Der Text ist im Sammelband „Gedanken aus fünf Jahrzehnten“ abgedruckt. Die Zwischenüberschriften wurden nachträglich eingefügt.



„2013 ist die Arbeitslosigkeit geringfügig gestiegen. Der Beschäftigungsaufbau hat sich fortgesetzt. Arbeitslose partizipieren allerdings nur teilweise vom Beschäftigungs-Plus. Grund hierfür ist, dass die Profile der Arbeitslosen oftmals nur unzureichend zur Arbeitskräftenachfrage passen.“

Frank Jürgen Weise, Vorstandsvorsitzender der Bundesagentur für Arbeit



## INDEX – Die Soziale Marktwirtschaft im Januar 2014

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

### Arbeitslose

Jahresdurchschnitt	
2005	4 860 909
2006	4 487 305
2007	3 776 509
2008	3 267 907
2009	3 414 531
2010	3 238 421
2011	2 975 836
2012	2 896 985
2013	2 950 250

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

### Vollbeschäftigung

Die offizielle Zahl der Menschen ohne Arbeit im Dezember 2013 bezifferte die Bundesagentur für Arbeit (BA) Anfang Januar auf knapp 2,9 Millionen. Die Zahl habe der BA zufolge im Vorjahresvergleich aus „jahreszeitlichen Gründen“ um 33000 zugenommen. Das heißt: Die Zahl der Arbeitslosen ist trotz des vergleichbar milden Winters gestiegen. Im Jahresdurchschnitt 2013 waren offiziell knapp drei Millionen Menschen arbeitslos gemeldet; im Vergleich zum Jahr 2012 waren damit 53000 mehr Menschen arbeitslos. Laut Bundesagentur hänge der Anstieg vor allem damit zusammen, dass die „Entlastung durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen abgenommen“ habe. Die wirtschaftliche Entwicklung sei im vergangenen Jahr nicht stark genug gewesen, um diesen Einfluss auszugleichen.

### Eigenverantwortung

Der Bundesfinanzminister wird im Verlauf der aktuellen Legislaturperiode voraussichtlich 17,5 Milliarden Euro zusätzlich einnehmen. Hauptverantwortlich dafür ist das Zusammenspiel von Preissteigerung und „kalter Progression“, die durch den steigenden Verlauf der Einkommensteuerverkurve bedingt ist: Wer mehr verdient, läuft zugleich Gefahr, auf der Steuerkurve nach oben zu rutschen und deshalb mehr Steuern zahlen zu müssen. In besonders ungünstigen Fällen kann das dazu führen, dass real, also inflationsbereinigt, sogar ein geringeres Einkommen verfügbar ist als vor der Gehaltserhöhung.

Die Parteien hatten im Wahlkampf angekündigt, diesen Effekt zu stoppen. Im Koalitionsvertrag ist davon keine Rede mehr. Nun ja, Papier ist geduldig.

### Steuereinnahmen des Bundes



Quelle: Bundesministerium der Finanzen

### Jahres-Teuerung

#### Preisanstieg zum Vorjahr

2007	2,3 %
2008	2,6 %
2009	0,4 %
2010	1,1 %
2011	2,3 %
2012	2,0 %
2013	1,5 %

Quelle: Statistisches Bundesamt

### Geldwertstabilität

Die Verbraucherpreise stiegen 2013 im Durchschnitt um 1,5 Prozent. Die Jahresteuierung lag damit unter der Zielmarke der Europäischen Zentralbank, die Preisstabilität bei knapp unter zwei Prozent gewahrt sieht. Während die Energiepreise nur moderat stiegen und die Verbraucher vom Wegfall der Praxisgebühr profitierten, wurden Lebensmittel teurer. Dabei waren nicht etwa Feinschmecker-Häppchen größte Preistreiber, sondern Butter und Milch. Im Jahresdurchschnitt 2013 legte der Butterpreis um rund 25 Prozent zu.

An Zwiebeln und Kartoffeln dürfte kaum jemand denken, wenn es um Inflation geht. Im Durchschnitt kostet ein Beutel Kartoffeln allerdings gut ein Viertel mehr als noch vor zwölf Monaten, Zwiebeln sind um über 20 Prozent im Preis gestiegen. Schuld daran waren in beiden Fällen vor allem die widrigen Erntebedingungen des Jahres 2013.

### Impressum: